

Mittwoch, den 26. Januar 1927

Schleht liquidiert Landtagsbeschlüsse!

Der angenommene Antrag auf 10 Millionen Beihilfe wird sabotiert — Die Zustände in den Gefangenenanstalten — Die kommunikativen Anträge für das Malergewerbe, die höhere Lohnsteigerung der Bergarbeiter und gegen den Eisenbahnerabbau

Landtagssitzung vom 25. Januar 1927

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung einer Regierungsvorlage, betreffend einen „einmaligen Sonderzuschuß an Bezirksfürsorgeverbände zur Bewilligung von Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige.“

Die Regierung hält es nicht einmal für nötig, ihre Vorlage zu begründen. Deshalb erhält Genosse Dr. Schmidt als erster das Wort:

Es ist bezeichnend für die Einschätzung der Notlage der bedürftigen Bevölkerung, daß die Regierung nicht einmal ihre eigene Vorlage begründen will. Diese Vorlage hat als Ursache einen sozialdemokratischen Antrag, der eine Bewilligung von 10 Millionen für die Bedürftigen und deren Auszahlung nach Weihnachten fordert. Dieser Antrag wurde damals angenommen, obwohl der damalige demokratische Finanzminister, und jetzige Innenminister erklärte, es sei kein Geld dafür da, und wenn der Landtag das Geld bewillige, derselbe Mann aber auch nichts einzuwenden gegen Mehrausgaben für Tanks, neue Uniformen usw. Nachdem nun dieser Antrag mit 52 gegen 11 Stimmen angenommen wurde, bringt die Regierung einfach eine Vorlage, in der sie eine einzige Million auswirft und es fertig bringt, dies damit zu begründen, daß die Summe, die das Reich auswirft, „ohnehin genügen“ würden. Dabei bringt die Regierung es fertig, zu erzählen, daß die Gesamtsumme dann 7,846 Millionen beträgt. Tatsache ist jedoch, daß die Gesamtsumme lediglich 7,846 Millionen beträgt. Die Regierung hat es nicht einmal für nötig gehalten, zu berichten, dies angesichts des namenlosen Elends der Klein- u. Sozialrentner, der Kleinstrentner und langfristigen Erwerbslosen zu erklären, ist eine Unverschämtheit, die den Charakter des neuen Kabinetts deutlich zeigt. Bei der Abstimmung über den 10-Millionen-Antrag stimmte im alten Landtag die MSPD für den Antrag. Ebenso hat die Aufwertungsgruppe sich vorher für den Antrag erklärt. Jetzt können die Herrschaften zeigen, wie sie ihren Wählerbezug als Regierungspartei demonstrieren wollen. Die Regierung leiht sich hier in Nachahmung sozialistischer Methoden einfach über den Landtagsbeschluss hinwegzusetzen, denn dabei, die 10 Millionen auszusparen, sondern schlägt nunmehr 1 Million vor. Dieses unerhörte Auftreten der „neuen“ alten Regierung kennzeichnet die Situation. Parlamentarischer Terror ermöglicht dieser Regierung, den Willen der Wähler zu Füßen zu treten. Den Kommunisten wird dies ein Ansporn sein, mit verstärkter Kraft im Lande zu arbeiten für den Sturz der Regierung und die Auflösung des Landtages. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Finanzminister Weder versucht sich zu entschuldigen und erklärt, diese Vorlage sei ein Wert der Geschäftserregung. (Gesächter links. Resner ruft: „Weder! Wer ist er?“) Er vertritt sich im Ausschuß zur Vorlage zu äußern.

Der Sozialdemokrat Müller-Planig unterbrecht die Ausführungen des Genossen Dr. Schmidt und bringt zahlreiches Material für die Kennzeichnung der Vorlage der Schichten, die durch den Antrag unterdrückt werden sollten. Er fordert sofort Mobilisierung der Gewerkschaften gegen diese Regierungsmahnahme.

Der Vertreter der Wirtschaftspartei beteuert, er sei für Änderung der Notlage, aber man dürfe nicht die Finanzlage des Staates gefährden.

Genosse Dr. Schmidt weist darauf hin, daß sowohl die MSPD als auch die Aufwärtler nicht gewagt haben, ihre Stellungnahme offen kundzutun. Diese Leute haben sich damit als feige Demagogen gezeigt. (Ordnungsruf!) Aber auch die gute Rede des Sozialdemokraten Müller-Planig nützt nichts, denn die Sozialdemokratie läßt diesen Reden keine Taten folgen.

So hat im Haushaltsausschuß A der Abgeordnete Graupe (Soz.) bei der Beratung eines kommunikativen Antrages auf Sonderbeihilfe für Erwerbslose erklärt, diese Sonderbeihilfen hätten sich durch die Regierungsvorlage erledigt. (Hört, Hört! bei den Kommunisten.) Jetzt hätten die Sozialdemokraten Gelegenheit, durch gemeinsame Demonstrationen die Rückziehung der Regierungsvorlage zu erzwingen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Eine erzwungene Erklärung der Aufwärtler. Kunze erhebt sich der Aufwärtler Mad und erklärt nach allerhand einseitigen Redensarten, daß die Aufwärtler die Regierungsvorlage nicht unterstützen wollen. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten und Sozialdemokraten.) Das Trommelheulen der Kommunisten hat hier zweifellos seine Wirkung nicht verfehlt.

Nachdem noch Graupe versucht hat, seine Erklärung im Ausschuß abzuwehren und Genosse Dr. Schmidt aus dem Protokoll die Richtigkeit seiner Behauptung nachgewiesen hat, wird die Vorlage an den Haushaltsausschuß A verwiesen.

Die Zustände in den hiesigen Gefangenenanstalten. Kunze begründet Abg. Neu (Soz.) kurz einen Antrag seiner Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Verhältnisse in den hiesigen Gefängnissen, Fürsorgeeinrichtungen und Heilanstalten.

Der Deutschnationale Berg erklärt unter förmlichen Zurufen der Kommunisten und Sozialdemokraten den Antrag für „überflüssig“.

Genosse Siewert unterbrecht die Nichtigkeit der Schaffung eines solchen Untersuchungsausschusses. Er erinnert daran, daß bei einem Besuch des damaligen Ministers Wipfitt Gelangene aus einer Strafanstalt, die sich beklagten wollten, heimlich in die Heilanstalt überführt worden waren, um ihre Beschwerdeführung zu verhindern. Weiter unterzieht Genosse Siewert den Strafpolizei in Sachen einer perniciösen Kritik. Er weist auf den Fall des Kaufmanns Weder hin, der wegen Herbeiführen aus der Gefangenanstalt in die Heilanstalt Waldheim überführt worden war, dort einem herabwürdigen Kaufmörder Kassa überantwortet wurde, der ihm Faustschläge ins Herz und in den Magen versetzt hatte, darauf vom Arzt in die Isolierzelle gesteckt worden war und den man am nächsten Morgen tot auffand.

Gen. Siewert bringt noch eine erdrückende Zahl von Klagen Gefangener über das brutale Verhalten von Kerzen. Die Gefangenen stellten Strafantrag gegen den Anstaltsleiter. Tatsache ist, daß in der Strafanstalt Waldheim Verhandlungen von Gefangenen weiterhin vorkommen und daß Methoden dort üblich sind, die an die mittelalterliche Inquisition erinnern. Siewert erklärt auf Grund der Schilderung der ärztlichen Gefängnisse durch die Revolutionsärzte Finger, daß Sachen sogar von den gerichtlichen Methoden lernen könnte. Bezeichnend für den Kurs auf dem Gebiet ist für Sachen die Tatsache, daß das Velen kommunikativer Zeitungen in den Gefängnissen verboten ist. Auch in den Fürsorgeeinrichtungen herrscht der mittelalterliche Geist der Inquisition. Im Gegensatz dazu weist Genosse Siewert auf

seine Feststellungen bei seinem Aufenthalt in Sowjetrußland hin. Dort werden die Gefangenen oder Verurteilten allmählich zu wertvollen Gliedern der Gesellschaft erzogen. Die Fürsorge für die verwahrlosten Kinder ist geradezu mütterlich im Gegensatz zu der Lage dieser Kinder in den Großstädten der kapitalistischen Staaten. Unter größter Spannung der Tribüne verliest Genosse Siewert einen Teil des Berichts des christlich-sozialen Aufwärtlers Dr. Hammerath, der gerade diese Seite der neuen russischen Gesellschaft trefflich beleuchtet.

Zum Schluß betont Genosse Siewert, daß der Strafpolizei in Sachen typisch für den Charakter der bürgerlichen Gesellschaft ist und daß deren Beteiligung erst wirkliche Vorbildungen schafft für eine gründliche Umänderung der heute herrschenden Zustände. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Zweitenministers Wagner wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen Siewert. Als Trumpf spielt er die Veröffentlichung des Kämpfers, Chemnitz, über augenblickliche Vorgänge in Waldheim aus, die sich bereits 1918 zugezogen haben sollen. Wegen des Material des Genossen Siewert erklärt er nur, daß dies nicht ihn angehe, da es sich nicht um die Heilanstalt Waldheim handle. Er gibt zu, daß die Methoden des Strafpolizeis verbessert werden müßten, dazu sei aber kein Untersuchungsausschuß nötig.

Der Innenminister Dr. Dehne erklärt, daß er auf die Fälle, die gegen die Methoden in den Heilanstalten der Gefängnisse angeführt worden sind, nicht eingehen könne, weil er nicht orientiert sei. Trotzdem beginnt er dann in wütendem Tone zu schimpfen auf die „unverantwortliche Verunglimpfung der Beamten“. (Zuruf bei den Kommunisten: „Sie sind doch gar nicht orientiert!“) — Genosse Siewert ruft ihm in größter Erregung zu: „Sie reden ja, was Sie selbst nicht verantworten können, Sie alter Idiot!“ Er erhält deshalb einen Ordnungsruf.)

Genosse Dr. Schmidt beweißt. Darauf erhält Genosse Dr. Schmidt das Wort zu unter allgemeiner Bewegung aufgenommenen Ausführungen. Er erklärt, daß er sich vor kurzem nach Waldheim begeben habe, um dort die Klagen zu prüfen. Dort hat in Gegenwart des Leiters, Dr. von Rabenau, ein Gefangener ausgesetzt, er sei von einem berühmten Kalfaktor (Waffner, der selbst Gefangener ist), dem Kaufmörder Komalkowski, mit Faustschlägen bearbeitet worden, so daß ihm das Blut herunterlief; außerdem habe Komalkowski nachts in einer Zelle einen Gefangenen geprügelt.

Dr. von Rabenau hat dies zugegeben. (Stürmisches Hört, Hört! bei den Kommunisten. Siewert ruft: „Nun, verantworten Sie Ihre Redel!“)

Präsident Schwager erklärt, daß der Untersuchungsausschuß in einer der nächsten Sitzungen gebildet werden würde. Einmütig wird die Einsetzung eines Sonderausschusses für Belästigungs- und Beamtensachen beschlossen. Ein Antrag auf Vornahme von einzelnen Kapiteln des Staatshaushaltsplanes zur Hebung des Arbeitsmarktes wird an den zuständigen Ausschuß verwiesen.

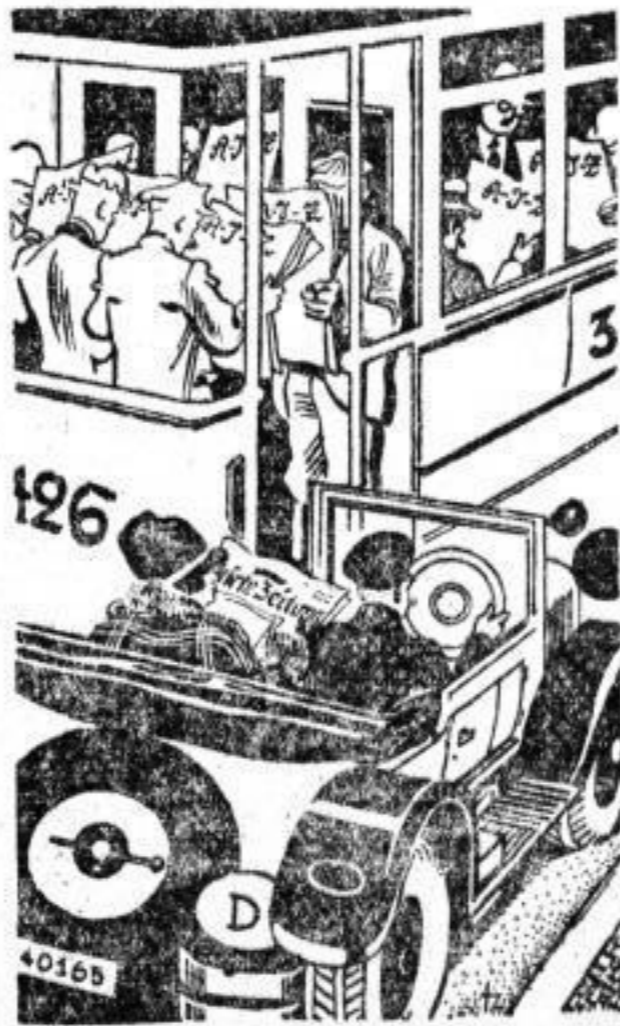
Die Tagesordnung der nächsten Sitzung wird darauf bekanntgegeben. Diese findet am Dienstag, den 1. Februar, statt.

Zur Begründung des Antrages der kommunikativen Fraktion, die Erwerbslosigkeit im hiesigen Malergewerbe, erhält das Wort

Genosse Nagel. Er weist darauf hin, daß die Erwerbslosigkeit im hiesigen Malergewerbe einen Höchstgrad erreicht hat. Nach einer Ende Dezember 1926 angefertigten Statistik durch die Ortsverwaltung des Malerverbandes war in den meisten Städten Sachsens über die Hälfte aller im Gewerbe Beschäftigten erwerbslos.

Genosse Nagel betont, daß diesem Umstand unbedingt eine Schranke gesetzt werden muß und kann durch die sofortige Vornahme der notwendigen Malerarbeiten in allen häuslichen Gebäuden. Er fordert deshalb, daß die Regierung alle Landesbauämter anweist, die in allen öffentlichen Gebäuden notwendigen Malerarbeiten sofort vorzunehmen. Weiter fordert

Die „AJZ“ heute neu!



Fort mit der bürgerlichen Illuzierten! Auf dem Wege zur Arbeitslosigkeit liegt jeder Werkstätte die A.J.Z. Jeden Mittwoch neu! Preis 20 Pfennig.

er, daß die Arbeiten in eigener Regie vorgenommen oder nur an solche Firmen vergeben werden sollen, die sich verpflichten, unter Einhaltung der tariflichen Bestimmungen Gehilfen von den Arbeiternachweilen dazu anzufordern. Außerdem sollen die Malerarbeiten nicht mehr, wie bisher, nur in dem Betrieff vorgenommen, sondern auf das ganze Jahr verteilt werden. Weiterhin sollen alle Innenarbeiten in den Wintermonaten vorgenommen werden, um eine Lieberarbeit im Sommer und eine erhöhte Erwerbslosigkeit im Winter zu vermeiden, ebenso sollen die Gemeindeführer angewiesen werden, bei Vornahme von Malerarbeiten ebenso zu verfahren.

Der Antrag wird ebenfalls dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Die Lohnklasseneinkufung der Bergarbeiter nach dem Reichsknappheitsgesetz hatte die kommunikativen Fraktion zur Einbringung eines Antrages veranlaßt. Zu dessen Begründung hat Genosse Schreiber das Wort:

Eingehend auf die Bestimmungen des Reichsknappheitsgesetzes, nachdem der Arbeitsverdienst durch einen Ausbruch seitgeht und dem zur Errechnung der am 6. Juli 1926 gezahlte Lohn zugrunde gelegt werden soll, weist er darauf hin, daß nach einer Verordnung des Vorsitzenden des Reichsknappheitsvereins bei der Beratung des Arbeitsverdienstes entsprechend den Bestimmungen für die Unvollständigen und Angeleitenerklärung der wirkliche Arbeitsverdienst einschließlich aller Nebenbezüge und Sozialzuschläge zu berücksichtigen ist. Bei den Bergarbeitern bezieht sich dies auf den Monat Juli 1926. Nach einer Feststellung des Arbeitsverdienstes im Monat Juli 1926 gehört die hiesige Knappheit in die 5. Lohnklasse. Treidem hat der betreffende Ausschuß unter Vorbehalt des hiesigen Regierungsvorsetzters die Einkufung in die 4. Lohnklasse vorgenommen. Die Kommunisten beantragen deshalb, daß der Landtag das Finanzministerium beauftragt, diese unerschwerigte Einkufung aufzuheben und die hiesige Knappheit in die 5. Lohnklasse einzureihen.

Der Vertreter der Regierung versucht sich damit herauszuheben, daß die hiesige Regierung für die Änderung dieses Beschlusses nicht zuständig sei. Er schiebt diese Aufgabe dem Reichsarbeitsminister zu. Dennoch steht fest, daß das Gesetz die Landesregierung mit der Aufsicht beauftragt hat.

Der sozialdemokratische Redner schließt sich der Begründung des Genossen Schreiber an.

Der Volksparteiliche Lippe bedt natürlich vollkommen die Scharfmacherhaltung des Abg. Dr. Weigel.

Auch dieser Antrag wird dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Gegen den Eisenbahnerabbau wendet sich die kommunikativen Fraktion in einem Antrag, der durch Genossen Siegel begründet wird:

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn bereitet (den 6. Innenhaushalt dreier Jahre) neuen ungeheuerlichen Personalabbau vor. Es sind bereits den einzelnen Reichsbahndirektionen Anweisungen zur Durchführung dieses Abbaues zugegangen. Wenn im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden kommen 500 Mann in Frage. Bezeichnend ist dabei, daß fast ausschließlich Werkstättenarbeiter in Frage kommen. Damit sind diese Maßnahmen als ein Teil der kapitalistischen Rationalisierung gekennzeichnet. Wenn man dabei beachtet, daß in den Werkstätten die Arbeitszeit täglich 9 und wöchentlich 54 Stunden beträgt und gerade angesichts der Tatsache, daß die Verrücktheit ein unersetzliches Interesse daran hat, daß ausreichendes Personal bei der Reichsbahn vorhanden ist, um die durch die Abbaumaßnahmen der Damesbahn schwer gefährdete Betriebssicherheit nicht noch weiter gefährden zu lassen, muß der Antrag der kommunikativen Fraktion als selbstverständlich angesehen werden. Tatsache ist, daß durch die verräterische Haltung der Mitglieder des Eisenbahnerverbandes gegen den Willen der Mitglieder der Maßnahmen der Handlanger des Damespattes keine widerstandsfähige Front fanden. Dennoch bleibt für die Eisenbahner nach wie vor als wichtigste Aufgabe: freigemeinschaftliche Organisation der Eisenbahner, Säuberung der Führung des Verbandes von verräterischen Elementen und Organisation des Kampfes gegen den schamlosen Kurs der Damesbahn, die sogar die Ausbeutungsmahnmahnen der Privatindustrie übertrifft. Während diese Direktion Rechensummen für höhere Beamte, für die Technische Beihilfe, für Antreiberprämien usw. hinauswirft (die Generaldirektion bezieht die höchsten Gehälter in Deutschland), will man jetzt zum 6. Male untere und mittlere Beamte und Arbeiter „wegen Geldmangels“ abbauen und dafür die Ausbeutung des noch vorhandenen Personals ins Unerschöpfliche steigern. Die unteren Beamten sollen ins Arbeiterverhältnis übergeführt und dafür weitere Arbeiter entlassen werden. Gegen diesen Kurs muß ein entschlossenes Front gemacht werden. Wir fordern deshalb, daß die Regierung sofort bei der Reichsbahnregierung Protest gegen die Maßnahmen der Reichsbahn-W.G. erhebt und diese veranlaßt, die Rückgängigmachung der Abbaumaßnahmen durchzusetzen.

Die Ueberstundenwirtschaft muß eingestellt werden. Die Eisenbahnerarbeiter und -beamteten aber haben erkannt, wie unwar die Prophezeiung der Gewerkschaftsführer von dem „Gegen der Damesonne“ war. Das hat sich ja bereits ausgewirkt. Schon ist Wirth lautlos verschwunden, noch aber ist der Kurs der Gewerkschaften „Burgfrieden mit der Kapitalistenklasse“. Mit diesem Kurs, nicht nur mit der Verdon eines Verräters, muß gebrochen werden. Den Eisenbahner aber rufen wir zu:

Schließt euch zusammen im Einheitsverband und sorgt dafür, daß dieser auch zum Kampfe gegen den Schanzmachertum der Damesbahn seine Aufgabe erfüllen kann! Macht endlich Schluss mit der Passivität!

(Lebhafte Bravo bei den Kommunisten.)

Der Regierungsvorsetzer erklärt, daß nicht 500, sondern „nur 315“ abgebaut werden sollen.

Siegnoth schlägt Wirth! Für die sozialdemokratische Fraktion wendet sich der berühmte Siegnoth, Chemnitz, der seinseit den Verräter Franz vor der Empörung der Gewerkschaftsmitglieder schützte, gegen die nur allzu berechtigten Angriffe des Genossen Siegel gegen die reformistische Leitung des Eisenbahnerverbandes. Schließlich muß er aber die mit einschlägigem Material versehenen Ausführungen des Genossen Siegel doch unterbreiten. Er hebt hervor, daß die Reichsbahndirektion die Arbeiten an Privatunternehmer weitergibt, ihre Arbeiter entläßt, die Arbeiten aber bedeutend teurer bezahlen muß, als wenn sie sie in eigener Werkstätte erledigen ließe. Er stimmt dem Antrage zu.

Der kommunikativen Antrag wird dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Oppositionelle Vertrauensleute! Donnerstag 6³⁰ im Reglerheim, Friedrichstr. General-Verammlung der Metallarbeiter! Alle müssen erscheinen, da die Neuwahl der Ortsverwaltung stattfindet!